Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9701**

14. Wahlperiode 03. 07. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/9224 –

Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulf Fink, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/9085 –

Prävention umfassend stärken

A. Problem

a) Drucksache 14/9224

Das Gesundheitswesen steht in Deutschland aufgrund demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, der Globalisierung, des wissenschaftlichen Fortschritts sowie der wachsenden Dominanz chronischer Krankheiten vor neuen Herausforderungen. Dem soll durch eine Stärkung der Prävention begegnet werden, um neben einer Verbesserung der Gesundheit und der individuellen Lebensqualität die finanziellen Belastungen im Akutbereich und insbesondere bei den chronischen Erkrankungen zu verringern. Prävention und Gesundheitsförderung sollen daher u. a. den therapeutischen, rehabilitativen und pflegerischen Maßnahmen gleichgestellt werden und in diese integriert werden. Da Schutz, Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit eine zugleich gemeinschaftliche und individuelle Aufgabe sind, sehen die antragstellenden Fraktionen Verantwortlichkeiten auch bei Bund, Ländern, Gemeinden und privaten Unternehmen.

b) Drucksache 14/9085

Das deutsche Gesundheitswesen steht in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen in den Bereichen Kuration, Rehabilitation und Pflege, bedingt durch den demografischen Wandel und den medizinisch-technischen Fortschritt.

Eine entscheidende Voraussetzung, um die Herausforderung des Gesundheitswesens im 21. Jahrhundert zu bestehen, liegt in der Stärkung von Gesundheits-

förderung und Prävention. Um Prävention gesamtgesellschaftlich neu zu verankern, sind drei wesentliche Maßnahmen einzuleiten:

1. „Aktionsprogramm Prävention“

(Vorbereitung und Durchführung eines umfassenden, ressortübergreifenden „Aktionsprogramms Prävention“; Bündelung von Ressourcen gemeinsam mit den zuständigen Stellen und Einrichtungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene)

2. Bundesgesetzgebung

(Harmonisierung der unterschiedlichen Präventionsbegriffe)

3. Anreizsysteme

(Förderung und Belohnung eines gesundheitsbewussten Verhaltens der Versicherten, z. B. durch die Ermäßigung von Zuzahlungen in bestimmten Leistungsbereichen und des Beitragssatzes oder die Beitragsrückgewähr).

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9224 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9085 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9224 und Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9085.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/9224 anzunehmen,

2. den Antrag auf Drucksache 14/9085 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2002

Der Ausschuss für Gesundheit

Klaus Kirschner	**Helga Kühn-Mengel**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Helga Kühn-Mengel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 240. Sitzung am 7. Juni 2002 den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 14/9224** und den Antrag der Abgeordneten Ulf Fink, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 14/9085** in 1. Lesung beraten und beide Anträge dem Ausschuss für Gesundheit zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Sportausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 102. Sitzung am 3. Juli 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP den Antrag auf Drucksache 14/9224 angenommen. Den Antrag auf Drucksache 14/9085 hat der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 87. Sitzung am 3. Juli 2002 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9224 und mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9085 empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 135. Sitzung am 3. Juli 2002 die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9224 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Abwesenheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen und die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/9085 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Abwesenheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 98. Sitzung am 3. Juli 2002 die Annahme des Antrags auf Drucksache 14/9224 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9085 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner 62. Sitzung am 26. Juni 2002 den Antrag auf Drucksache 14/9224 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen. Der **Sportausschuss** hat weiterhin mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9085 vorzuschlagen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Drucksache 14/9224

Der Antrag hat zum Ziel, durch effektive und effiziente Präventionsmaßnahmen die finanziellen Belastungen im Akutbereich und insbesondere bei den chronischen Erkrankungen zu verringern, indem Prävention und Gesundheitsförderung den therapeutischen, rehabilitativen und pflegerischen Maßnahmen gleichgestellt werden. Die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung, Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken, werden begrüßt, insbesondere die Novellierung des § 20 SGB V, durch die wieder eine Zuständigkeit der Krankenkassen für diese Bereiche geschaffen wurde, und die Schaffung einer Arbeitsgruppe Prävention im Rahmen der Einrichtung des Runden Tisches im Gesundheitswesen.

Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, die Vorschläge des Runden Tisches umzusetzen und insbesondere ein „Forum Prävention und Gesundheitsförderung“ zum baldmöglichsten Zeitpunkt zu errichten, an dem die wesentlichen Akteure in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung beteiligt sind. Dort sollen gemeinsam Maßnahmen zum Abbau der Defizite in Prävention und Gesundheitsförderung diskutiert und vorgeschlagen werden. In diesem Forum sollte auch der Aufbau einer auf Dauer angelegten Organisationsstruktur realisiert werden, die in der Lage sein soll:

– bei den Beteiligten im Gesundheitswesen und in der Bevölkerung der Prävention und Gesundheitsförderung einen höheren Stellenwert zu verschaffen, zu neuen Maßnahmen und Initiativen zu motivieren;

– Mittel auch von außerhalb des Gesundheitswesens zu akquirieren;

– zu prüfen, ob mit einer unabhängigen Beratung wie z. B. ähnlich einer „Stiftung Warentest“ Qualität von Präventionsmaßnahmen transparent gemacht werden kann;

– Transparenz für Anbieter und Nutzer von Präventionsmaßnahmen herbeizuführen, z. B. durch die Schaffung einer Kommunikations- und Informationsplattform;

– durch Vernetzung und Koordinierung, durch Kampagnen, durch die Entwicklung von Präventions- und Gesundheitsförderungszielen, sowie von innovativen Konzepten und Strategien die Effektivität und Nachhaltigkeit von Prävention und Gesundheitsförderung bundes- und landesweit sowie auf lokaler Ebene zu verbessern;

– zur Effizienz und Effektivität präventiver und gesundheitsförderlicher Maßnahmen durch die Förderung von Projekten zu einer evidenzbasierten Prävention beizutragen sowie

– die rechtlichen Vorschriften zur Prävention, die in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen geregelt sind, zu harmonisieren, zu präzisieren und ggf. in einem eigenen Präventionsgesetz zusammenzufassen. Ziel muss es sein, hier größere Transparenz zu schaffen, um auch über diesen Weg die Position von Prävention und Gesundheitsförderung grundsätzlich zu stärken.

b) Drucksache 14/9085

Der Antrag hat zum Inhalt, die Bundesregierung aufzufordern,

1. ein Aktionsprogramm Prävention vorzubereiten, das folgende Schritte enthält:

   eine Bestandsaufnahme der deutschen Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im Bereich der Prävention, deren Auswertung unter Einbeziehung von Ergebnissen und Erfahrungen aus anderen Ländern erfolgt,

2. einen Gesetzentwurf vorzubereiten, mit dem die bestehenden gesetzlichen Grundlagen der Prävention harmonisiert, gestärkt und ausgebaut werden,

3. ein durchgängiges Anreizsystem in der GKV zu schaffen, das gesundheitsbewusstes Verhalten finanziell belohnt, etwa durch Verminderung von Zuzahlungen, Ermäßigung des Beitragssatzes, Beitragsrückgewähr etc.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat die Beratung des Antrags auf Drucksache 14/9224 und des Antrags auf Drucksache 14/9085 in seiner 147. Sitzung am 12. Juni 2002 aufgenommen und die Durchführung einer Anhörung beschlossen.

Die öffentliche Anhörung fand in der 153. Sitzung des Ausschusses am 12. Juni 2002 statt.

Zu ihr waren eingeladen der AOK-Bundesverband, der Bundesverband der Betriebskrankenkassen, der Bundesverband der Innungskrankenkassen, der Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V./Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V., die Bundesknappschaft, die Seekrankenkasse, der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, der Berufsverband der Allgemeinärzte/Deutschlands-Hausärzteverband e. V., die Bundesarbeitsgemeinschaft der Heilmittelverbände e. V., die Bundesärztekammer, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V., die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e. V., der Bundesverband Managed Care, die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände/Deutscher Städtetag, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Bundesvereinigung für Gesundheit e. V., die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Bundeszahnärztekammer/Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Zahnärztekammern e. V., die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V., die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Rehabilitation, die Deutsche Gesellschaft Public Health e. V. (Deutsche Koordinierungsstelle für Gesundheitswissenschaften/Medizinische Soziologie der Universität Freiburg), die Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten e. V., die Deutsche Gesellschaft für Versicherungswesen und Gestaltung, die Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V., der Deutsche Behindertenrat/Sozialverband Deutschland, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Heilbäderverband e. V., der Deutsche Pflegerat/ Bundesarbeitsgemeinschaft der Pflege-Berufsorganisationen, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, das Kuratorium Deutsche Altershilfe, der Kneipp-Bund e. V., der Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger e. V., die Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

Als Einzelsachverständige waren eingeladen Staatssekretär a. D. Karl Jung, Vorsitzender des Bundesausschusses Ärzte und Krankenkassen e. V., Prof. Dr. med. Karl W. Lauterbach, Direktion des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Schwartz, Vorsitzender des Bundesausschusses für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen.

Die **Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** betonten, dass beide Anträge die Stärkung der Prävention zum Inhalt hätten. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei jedoch weitergehend, wie zum Beispiel die vorgesehene Einrichtung eines Bewertungsinstituts ähnlich der Stiftung Warentest zeige.

Auch verlange der Antrag auf Drucksache 14/9085 ein erheblich größeres finanzielles Engagement des Bundesministeriums für Gesundheit. Das im Antrag auf Drucksache 14/9085 vorgesehene Bonussystem werde abgelehnt.

Die **Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU** forderten eine gesamtgesellschaftliche Verankerung der Prävention, zu deren Realisierung vor allem ein umfassendes ressortübergreifendes Aktionsprogramm Prävention gestartet werden müsse. Die unterschiedlichen Präventionsbegriffe in verschiedenen Gesetzen sollten durch ein Präventionsgesetz vereinheitlicht und über positive Anreize die Verhaltensprävention gestärkt werden. Trotz vielfacher Übereinstimmung mit dem Antrag auf Drucksache 14/9224 sei nicht nur wegen Zeitknappheit kein interfraktioneller Antrag zustande gekommen, sondern auch wegen Differenzen in der Ausgestaltung des Anreizsystems und der Schaffung einer Stiftung. Man hoffe, dass die Vorschläge des Antrags auf Drucksache 14/9085 in der nächsten Legislaturperiode auch umgesetzt würden.

Die **Mitglieder der Fraktion der FDP** wiesen darauf hin, dass die Kosten für die Umsetzung des Antrags der Regierungskoalition noch erheblicher seien als die Kosten für die Verwirklichung der im Antrag auf Drucksache 14/9085 dargestellten Ausbaus der Präventionsmaßnahmen.

Die **Mitglieder der Fraktion der PDS** begrüßten beide Anträge wegen des der Prävention zukommenden Stellenwertes.

Als Ergebnis der Beratungen hat der **Ausschuss für Gesundheit** den Antrag auf Drucksache 14/9224 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen und den Antrag auf Drucksache 14/9085 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS abgelehnt.

Berlin, den 3. Juli 2002

Helga Kühn-Mengel
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333